

# LINKS BÜNDIG

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag von  
Sachsen-Anhalt

"LINKSBÜNDIG" Newsletter der Fraktion zum parlamentarischen Geschehen

---

Juni 2011

## Inhalt:

**Seite 1:** Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE / **Seite 1:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung / **Seite 2:** Die Landtagssitzung vom 09. und 10. Juni 2011 im Überblick / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 6:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 7:** Lesetipps



## Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE

Hier findet die **erste Beratung/Einbringung** zum jeweiligen Gegenstand Berücksichtigung.

- **TOP 03:** Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt /Gesetzentwurf, [Drs. 6/84](#)
- **TOP 07:** Bildung eines Beirates für nachhaltige Entwicklung beim Landtag von Sachsen-Anhalt / Antrag, [Drs. 6/65](#)
- **TOP 08:** Gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen/mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarfen erfolgreich gestalten / Antrag, [Drs. 6/66](#)
- **TOP 09:** Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt / Antrag, [Drs. 6/80](#)
- **TOP 13:** Moratorium zur Neustrukturierung der Beratungsstellenlandschaft / Antrag: [Drs. 6/76](#)
- **TOP 14:** Personalpolitik der Landesregierung / Antrag, [Drs. 6/77](#)
- **TOP 15:** Kultur ins Grundgesetz / Antrag, [Drs. 6/78](#)
- **TOP 16:** Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen-Anhalt / Antrag, [Drs. 6/81](#)
- **TOP 17:** Wirtschaftlichkeitsnachweis von Öffentlich-Privaten-Partnerschaft-Modellen (ÖPP) / Antrag, [Drs. 6/83](#)
- **TOP 21:** Aktiver Lärmschutz am Flughafen Leipzig-Halle / Antrag, [Drs. 6/79](#)
- **TOP 22:** Den kommunalen Finanzausgleich zukunftsfähig gestalten / Antrag, [Drs. 6/82](#)

## DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung

- TOP 11: Für gleichen Lohn in der Leiharbeit, [Drs. 6/69](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/107](#)
- TOP 12: Keine Vermittlung in Arbeitsverhältnisse mit Dumpinglöhnen durch die Bundesagentur für Arbeit, [Drs. 6/70](#) / Alternativantrag [Drs. 6/108](#)
- TOP 19: Atomausstieg in Sachsen-Anhalt zum Umstieg auf erneuerbare Energien nutzen, [Drs. 6/88](#)

## Die Landtagssitzung vom 09. und 10. Juni 2011 im Überblick

Im Folgenden werden in der Reihenfolge des zeitlichen Ablaufs in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** wiedergegeben. Es erfolgt eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Punkte der [Tagesordnung](#). Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im Übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

### 09. Juni 2011, erster Beratungstag

**TOP 01:** Auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird eine Aktuelle Debatte zum Thema [Lage und Aussichten der Solarindustrie in Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/93\)](#) durchgeführt, es geht – auch angesichts der Absatzeinbrüche im ersten Halbjahr 2011 – um die Zukunft des Standortes Sachsen-Anhalt. Die energiepolitische Sprecherin der LINKEN **Angelika Hunger (Video / Redemanuskript)** bemerkt dazu: „Ständig drohende zusätzliche Absenkungen, die auf nicht vorhandene Effizienzreserven zielen, gefährden die Photovoltaikindustrie. Sie gefährden auch die Qualität der Arbeitsplätze, lassen die Zahl der schlechter bezahlten Leiharbeiter wachsen und erschweren die Mitbestimmungsrechte von Belegschaften. Gute Arbeit in innovativen Branchen ist für uns aber ein wesentliches Ziel. ... Die Sonne schickt uns das 3 000-fache von dem, was wir an Energie eigentlich brauchen. Warum strengen wir nicht endlich unseren Grips an und nutzen diese Menge? Die Solarindustrie bietet für den einzelnen Nutzer die beste Möglichkeit, vom Energiekonsumenten auch zum -produzenten zu werden, und bietet damit die Möglichkeit, zu einer wirklichen Wende in der Energiepolitik zu kommen.“ Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

**TOP 04:** Von der Landesregierung stammt der [Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften \(Drs. 6/86\)](#). Es geht um die Durchsetzung von EU-Recht dahingehend, dass künftig der Datenschutzbeauftragte erforderliche Kontrollfunktionen ausfüllt, und nicht mehr das Landesverwaltungsamt. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE **Gudrun Tiedge (Video / Redemanuskript)** begrüßt das Gesetz, kritisiert jedoch, dass die Angelegenheit nicht bereits in der letzten Legislaturperiode geregelt wurde und fügt hinzu: „Diese Debatte hätte allerdings schon viel früher einsetzen müssen. Viel zu lange hat die Politik tatenlos zugesehen und den Dingen ihren Lauf gelassen, mit all den Problemen, die es jetzt gibt. In der damaligen Anhörung zum FDP-Gesetzesentwurf wurden insbesondere vom Datenschutzbeauftragten ein Reihe von Änderungsvorschlägen eingebracht worden, die zum Teil im jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf richtigerweise Berücksichtigung fanden.“ Der Gesetzesentwurf wird zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

**TOP 14:** Eher harmlos der Titel des Antrages der Fraktion DIE LINKE [Personalpolitik der Landesregierung \(Drs. 6/77; Drs. 6/101\)](#) – der Inhalt ist jedoch durchaus brisant. Es geht um die 45 neuen Stellen, die sich die Landesregierung genehmigen will. In der Antragsbegründung heißt es dazu: „Die Schaffung von neuen Stellen sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Neueinstellungen liegen in der Kompetenz des Landtages und setzen den Beschluss eines entsprechenden Haushaltes voraus. Für kurzfristige Maßnahmen ist zwingend ein Beschluss des Ausschusses für Finanzen notwendig.“ All dies ist aber nicht geschehen, und so spricht der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE **Wulf Gallert (Video / Redemanuskript)** von Wahlbetrug und stellt fest: „... die Altersabgänge und die Fluktuation im Landesdienst werden in den nächsten Jahren etwa 2.000 Abgänge pro Jahr ergeben. Das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung sprach sich für 800 Neueinstellungen pro Jahr aus. Kurz vor dem Wahltermin schien diese Zahl sich in Richtung 900 zu begeben. ... Eine neue Situation entstand nun lediglich dadurch, dass der neue Koalitionsvertrag diesen gesellschaftlichen Kompromiss, der sich im Bereich der Personalentwicklung herausbildete, radikal aufgekündigt hat. Mit den dort festgehaltenen maximal 400 Neueinstellungen pro Jahr reduziert man die Wiederbesetzungsquote auf 20 %, oder anders formuliert: Für fünf Beschäftigte des Landesdienstes, die ausscheiden, soll nur noch eine Neueinstellung vorgenommen werden.“ Die Koalition legt einen [Alternativantrag](#) vor, mit dem die Landesregierung höflichst gebeten wird, im Finanzausschuss entsprechend Bericht zu erstatten, nichts Bindendes, nichts Verpflichtendes. [Finanzminister Bullerjahn](#) reagiert im Übrigen höchst empört und weist alle Vorwürfe zurück. Lediglich GRÜNE und LINKE folgen dem Antrag, die Koalition lehnt ab, angenommen wird mit den Stimmen der Koalition ihr Alternativantrag.

**TOP 13:** Ein [Moratorium zur Neustrukturierung der Beratungsstellenlandschaft \(Drs. 6/76\)](#) fordert DIE LINKE, in der Antragsbegründung wird an Folgendes erinnert: „Im Verlauf des Wahlkampfes ... am 3. März, verständigten sich Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien ... auf ein Moratorium, das die Beibehaltung der Förderung der Beratungsstellen auf dem gegenwärtigen Niveau beinhaltet. Mit einem solchen Moratorium sollen die Verhandlungen über die Neustrukturierung ohne zeitlichen und finanziellen Druck ermöglicht werden.“ Die Umsetzung dieses Moratoriums wird nun eingefordert, wie die sozialpolitische Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) unterstreicht: „Die Beratungsstellen in Sachsen-Anhalt seit Jahren immer wieder von Kürzungsabsichten bedroht, in nahezu jeder Haushaltsdebatte der vergangenen Jahre mussten sich die Träger der Beratungsstellen Versuchen erwehren, die Förderung herunterzufahren. ... Dazu kommt, dass alle Träger von Beratung übereinstimmend davon sprechen, dass der Beratungsbedarf immer umfassender wird, weil die Beratungssuchenden mit multiplen Problemlagen in die Beratung kommen. Das ist eine Herausforderung auch an die Zusammenarbeit der Beratungsangebote, die davon ausgehen, dass die Beratung niedrigschwelliger sein und gleichzeitig spezialisierter werden muss.“ Die CDU warnt vor einer vorgezogenen Haushaltsberatung, zeigt sich aber großmütig und willigt in eine Ausschussüberweisung ein, da die SPD diese gewünscht habe. Der Antrag wird gegen den Willen der LINKEN und der GRÜNEN mit den Stimmen der Koalition in den Ausschuss überwiesen.

**TOP 07:** DIE LINKE fordert die [Bildung eines Beirates für nachhaltige Entwicklung beim Landtag von Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/65; Drs. 6/106\)](#), zur **Begründung** wird unterstrichen: „Die öffentliche Debatte aufgrund der Ereignisse in Japan, um Stuttgart 21 oder um CCS, zeigt der Politik auf, dass eine angemessene fachliche und außerparlamentarische Begleitung politischer Entscheidungsfindung mehr denn je erforderlich ist. Daher erachtet es die Linksfraktion für erforderlich, beim Landtag von Sachsen-Anhalt einen Beirat für eine nachhaltige Entwicklung zu bilden.“ Der umweltpolitische Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) merkt dazu an: „Mit dem Nachhaltigkeitsbegriff hat sich der Landtag, wie bereits in der Begründung dargelegt, mehrfach befasst, und er dürfte allen in diesem Hohen Haus geläufig sein. Wir, Die Linke, stehen für eine komplexe Herangehensweise bei landespolitischen Entscheidungen, ganz im Sinne der Nachhaltigkeit. Und diese besteht bekanntermaßen aus einem gleichseitigen Dreieck von sozialer, ökonomischer und ökologischer Herangehensweise sowie deren Umsetzung von Politik. Hier beginnt auch die Crux in der Politik, der Begriff der Nachhaltigkeit wird inflationär benutzt, er wird nicht als Korrektiv für einmal getroffene politische Entscheidungen zugelassen, dient als „grünes“ Mäntelchen, als Überschrift ohne Bindungswirkung, Hinweise oder Kritiken von „Außen“ sind verpönt und all zu oft wird nur in Wahlperioden gedacht und gehandelt. Wir meinen, dass sollten wir gemeinsam ändern.“ Auch hier wieder ein **Alternativantrag** der Koalition, auch hier wieder allein eine simple Berichterstattung der Landesregierung in den Ausschüssen, die Sache hat Methode ... Der Alternativantrag wird schließlich nach einiger Verwirrung in Sachen Geschäftsordnung von der Koalition zurückgezogen. Alle Fraktionen stimmen einer Überweisung in den Ältestenrat zu, weitere Ausschussbeteiligungen lehnt die Koalition ab.

**TOP 16:** Einen [Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/81\)](#) fordert mit diesem Antrag DIE LINKE. „Maßnahmen zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit und zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention brauchen neben einem langen Atem viele Partnerinnen und Partner. Deshalb sollte unverzüglich und planvoll an die Umsetzung gegangen werden. Wie die vergangene Legislatur gezeigt hat, sind alle Ressorts gefragt, aber in unterschiedlichem Maße auf die Anforderungen vorbereitet. Die Einbeziehung der Verbände und Interessenvertretungen sollte gesichert werden.“, so die Antragsbegründung. Und die behindertenpolitische Sprecherin der LINKEN **Dagmar Zoschke** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) fügt an: „Behindert ist man nicht, behindert wird man - so steht es sinngemäß in der Präambel der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Und außerdem enthält die Präambel auch die Vereinbarung der Unterzeichnerstaaten, dass allen Menschen mit Beeinträchtigungen Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Diskriminierung zu garantieren sind. Wenn dies so ist, liegt es an uns, liegt es in unserer Verantwortung, diese Formen der Behinderungen abzubauen, Barrieren zu überwinden und volle Teilhabe zu ermöglichen. ... In Sachsen-Anhalt leben ca. 180.000 Menschen, die wegen diverser Barrieren an einer vollen Teilhabe an der Gesellschaft gehindert werden. Darüber hinaus bedeutet ein barrierefrei gestaltetes Lebensumfeld auch für unsere immer älter werdende Gesellschaft notwendige Lebensqualität. Barrierefreiheit nutzt allen, Barrierefreiheit braucht alle.“ Die Koalition kündigt Ablehnung an, da der Antrag überflüssig sei – das Thema selbst nehme man natürlich über die Maßen ernst ... Und so kommt es auch, mit den Stimmen der Koalition wird der Antrag abgelehnt.

**TOP 17: Um einen Wirtschaftlichkeitsnachweis von Öffentlich-Privaten-Partnerschaft-Modellen (ÖPP) ([Drs. 6/83](#))** geht es in diesem Antrag der LINKEN. Dazu heißt es in der Antragsbegründung u.a.: „Für die langfristige Planungssicherheit in Land und Kommunen ist eine klare Entscheidung notwendig, ob ggf. im Ergebnis nicht nachgewiesener Wirtschaftlichkeitsvorteile bei ÖPP-Projekten auf diese Modelle regelmäßig zu verzichten ist, um sich auf die Eigenfinanzierung zu konzentrieren.“ Der Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Bau- und Wohnungspolitik **Guido Henke** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) betont: „Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind immanenter Bestandteil des öffentlichen Auftragswesens. ... Deshalb begehrt unser Antrag ein zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes Bewertungsverfahren, das auch von den Rechnungshöfen anerkannt wird. Es sollen also nicht zusätzliche Haushaltsmittel parallel auf verschiedenen Ebenen eingesetzt werden, sondern es soll ein möglichst koordiniertes Vorgehen erfolgen, welches schnelle Ergebnisse zeitigt.“ Die Koalition lehnt den Antrag ab, DIE GRÜNEN enthalten sich der Stimme.

**TOP 20: Entschlossenes Handeln im Müllskandal sicherstellen und illegale Müllentsorgung zukünftig verhindern** ([Drs. 6/89](#); [Drs. 6/103](#)) – so fordert es ein umfangreicher Antrag der GRÜNEN. Er stößt im Hohen Haus auf Ablehnung, auch der umweltpolitische Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) äußert sich kritisch: „Viele der aufgeführten Punkte sind im Plenarprotokoll vom 03.02. 2011 und im Abschlussbericht nachzulesen und sind wiederum Teil des Abfallwirtschaftsplanes. Sollten darüber hinaus noch Fragen offen bleiben, so kann man sich dazu in den jeweiligen Gremien jederzeit verständigen, das wird DIE LINKE unterstützen. Diesen Antrag in der jetzt vorliegenden Form kann unsere Fraktion so nicht mittragen, selbst eine Ausschussüberweisung ist für uns nur schwer vermittelbar, wir müssen ihn leider ablehnen.“ Mit einem **Alternativantrag** fordert die Koalition entsprechende Berichte in den zuständigen Ausschüssen, darüber hinaus sollen die Unterlagen des 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses möglichst ins Internet gestellt werden. Koalition und LINKE lehnen den Antrag ab, der Alternativantrag wird mit den Stimmen der Koalition angenommen, DIE LINKE enthält sich teilweise.

## 10. Juni 2011, zweiter Beratungstag

**TOP 09:** Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ([Drs. 6/80](#)) wird mit diesem Antrag der Fraktion DIE LINKE thematisiert, die **Antragsbegründung** verweist u.a. auf Folgendes: „Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Bemühungen auf der Grundlage von freiwilligen Vereinbarungen oder „Soft Law“ entweder gar nicht oder nur schleppend vorangekommen sind. Eine Erhöhung des Frauenanteils auch in Führungspositionen ist ausdrücklicher Bestandteil des von der Landesregierung unterzeichneten Koalitionsvertrages. Ein Handeln der Landesregierung von Sachsen-Anhalt zu diesem Thema ist überfällig.“ Die Sprecherin der Linksfraktion für Verwaltungsmodernisierung **Evelyn Edler** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) fordert die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote und stellt fest: „Die Anzahl weiblicher Führungskräfte in den deutschen Wirtschaftsunternehmen ist immer noch verschwindend gering. Dabei fehlt es nicht an hochqualifiziertem weiblichen Nachwuchs. Frauen stellen durchweg die Hälfte der Hochschulabsolventen. Die gesellschaftliche Entwicklung hin zu angemessener Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben ist dennoch nicht auf allen Ebenen so weit fortgeschritten, wie sie es sein sollte. Auch im Jahre 2011 zeigt sich vielmehr ein seit langer Zeit unverändertes Bild: Vorstände und Aufsichtsräte börsennotierter Aktiengesellschaften sind fest in Männerhand. Der Frauenanteil der von Anteilseignerseite gewählten Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen beträgt gerade einmal 2 bis 4 %.“ Der Antrag wird nach einer von viel Übereinstimmung geprägten Debatte einstimmig in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

**TOP 10:** Ein Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt ([Drs. 6/90](#)) fordern die GRÜNEN. In der Begründung verweist die Antragstellerin u.a. auf dies: „Moderne Gleichstellungspolitik ist keine Nischenpolitik, sondern wirkt aktiv in alle Politikbereiche und muss mit den Inhalten verknüpft sein. Nur ressortübergreifendes Handeln ermöglicht eine nachhaltige Änderung der Gesellschaft, in dem sich wirklich und dauerhaft Strukturen verändern.“ Die gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKEN **Birke Bull** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) signalisiert ausdrückliche Unterstützung für den Antrag: „Das zentrale Problem ist aber nach wie vor, dass diese geschlechtertypische Arbeitsteilung noch immer dazu führt, dass auf der einen Seite der Zugang zu Ressourcen wie Zeit, Geld, Arbeit und Macht - meist über Erwerbsarbeit - höchst unterschiedlich gestaltet ist, und zwar in aller Regel zuungunsten von Frauen, und dass auf der anderen Seite - das gehört zur Wahrheit dazu - der Zugang zu Familienarbeit, zu Verantwortung für soziale Beziehungen und Reproduktionsarbeiten ebenso ungerecht gestaltet ist, und zwar zuungunsten von Männern. ... Insofern finde ich den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr substanziell, auch, die Forderung des Landesfrauenrates aufzunehmen. Im Übrigen ist es ein Gewinn, dass moderne Geschlechterpolitik nunmehr von einer zweiten Fraktion unterstützt wird. Die Parteien der Mitte werden unter Druck gesetzt, auch in dieser Frage nun endlich aus dem Knick zu kommen.“ Der Antrag wird von allen Fraktionen in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

**TOP 11:** Die Koalition will sich [Für gleichen Lohn in der Leiharbeit \(Drs. 6/69; Drs. 6/107\)](#) engagieren. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ nach einer Einarbeitungszeit von drei Monaten einzusetzen. Für DIE LINKE ist der Ansatz völlig unzureichend, sie stellt daher einen **Änderungsantrag** und benennt die Problematik der Sache: „Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verrichten oft die gleichen Arbeiten wie die Stammbeschaft, sie erhalten aber deutlich weniger Lohn als diese. Der geringere Lohn von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern stellt eine Ungleichbehandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar.“ Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion **Edeltraud Rogée (Video / Redemanuskript)** betont denn auch; „Wir wollen die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und zwar sofort und für alle Arbeitnehmerinnen. Dafür ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz neu zu fassen. Darin sollen sämtliche Ausnahmeregelungen in Bezug auf den Gleichbehandlungsgrundsatz gestrichen werden. Ab dem ersten Einsatztag sollen Leiharbeiterinnen den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Stammbeschaften erhalten. Die Überlassungshöchstdauer darf, wie im ursprünglichen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, drei Monate nicht überschreiten. Das reicht aus unserer Sicht völlig aus, um Produktionsspitzen abzufangen.“ Der Änderungsantrag der LINKEN wird von der Koalition abgelehnt, der Antrag wird mit deren Stimmen gegen das Votum der LINKEN und der GRÜNEN angenommen.

**TOP 12:** Auch hier sorgt sich die Koalition um Arbeitsmarktprobleme und fordert: [Keine Vermittlung in Arbeitsverhältnisse mit Dumpinglöhnen durch die Bundesagentur für Arbeit \(Drs. 6/70; Drs. 6/108\)](#). Für DIE LINKE ist der Antrag von solcher Unzulänglichkeit, dass ein Änderungsantrag untauglich erscheint – sie setzt einen **Alternativantrag** dagegen. In der Begründung für diesen heißt es u.a.: „Weder Ausbildung noch frühere Berufstätigkeit, weder ein weit entfernter Arbeitsort noch schlechte Arbeitsbedingungen sind für erwerbsfähige Hilfebedürftige unzumutbar. Durch diese rechtliche Ausgangssituation ist nicht auszuschließen, dass die genannten Institutionen durch ihre Vermittlungstätigkeit den Ausbau des Dumpinglohnssektors vorantreiben. Ziel des Antrages ist es, diesen Umstand zu ändern.“ Und die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich (Video / Redemanuskript)** spart nicht mit Kritik: „Es beginnt damit, dass der Antrag nur die Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld I-Bezug erfasst, die von den Agenturen für Arbeit betreut werden, das sind höchstens ein Drittel der Arbeitslosen überhaupt. Aber nicht einmal die sind wirklich alle betroffen, das SGB III enthält nämlich wenigstens ein paar wenige Regeln, die verhindern, dass Arbeitslose sofort in Arbeitsverhältnisse mit Dumpinglohn gedrängt werden. ... Das alles trifft für Hartz IV-Empfängerinnen nicht zu, für sie gilt nicht nur keinerlei Berufs- oder Qualifikationsschutz, es sind auch keine Grenzen bei den Pendelzeiten oder bei den Arbeitsbedingungen eingezogen. Und: von Hartz IV sind mindestens zwei Drittel der Arbeitslosen betroffen. Aber für die wollen Sie nichts tun, die sind Ihnen offensichtlich egal.“ Der Koalitionsantrag findet bei CDU und SPD die Mehrheit, damit ist der Alternativantrag hinfällig.

**TOP 03:** DIE LINKE legt den [Entwurf eines vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/84\)](#) vor, es geht um Probleme bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern der 11., 12. oder 13. Klasse. Dazu erläutert die sozialpolitische Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich (Video / Redemanuskript)**: „Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket ist aus unserer Sicht eine neue Situation entstanden. ... Nach unserem Schulgesetz ist das für die Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse unproblematisch, hier übernehmen „Dritte“ bereits die gesamten Kosten. Für die Schülerinnen und Schüler in Gymnasien, berufsbildenden Schulen usw. aber bleibt die Rechtslage, wie sie ist. Sie oder ihre Eltern müssen in jedem Falle den Eigenbeitrag allein aufbringen. Das führt zu der für uns – und sicher auch für die „leistungsberechtigten Personen“ – zu einer schwer nachvollziehbaren Situation. Die Schülerinnen bis zur 10. Klasse haben den gesamten Betrag für Mobilität – der ohnehin schmal genug ist – aus dem Regelsatz zur Verfügung, um kulturelle, außerschulische Bildungsangebote, Sport- und Freizeitangebote zu erreichen oder auch einen ganz persönlichen Weg zu erledigen. Streben sie aber nach höherer Bildung und haben sie nicht gerade eine Lehrstelle im dualen Ausbildungssystem oder eine andere geförderte Maßnahme erhalten, müssen sie nach Eintritt in die 11. Klasse fast den ganzen Betrag des Regelsatzes für Mobilität für den Schulweg einsetzen.“ Der Gesetzentwurf wird einstimmig in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

**TOP 08:** [Gemeinsames Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen/mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarfen erfolgreich gestalten \(Drs. 6/66; Drs. 6/105\)](#), so fordert es DIE LINKE. In der **Antragsbegründung** wird Folgendes bekräftigt: „Die Fraktion DIE LINKE misst der Verwirklichung des Rechts auf inklusive Bildung eine große Bedeutung zu. Sie hält es für erforderlich, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sowohl die Fähigkeit zur Integration im gesamten Bildungssystem zielstrebig zu entwickeln als auch rasch die Voraussetzungen zu schaffen, den individuellen Zugang für alle Menschen zu den Einrichtungen des Bildungswesens zu gewährleisten.“

Und die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Birke Bull ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) unterstreicht: „Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen erwartet auch von Deutschland zumindest mittelfristig ein inklusives Schulsystem. Aber ich denke, dass bereits an dieser Stelle die grundsätzlichen Kontroversen beginnen. Die LINKE versteht unter inklusiver Schule strukturell gesehen eine Schule für alle. Wenn man es pädagogisch betrachtet, heißt das: Vielfalt ist willkommen und eine solche Schule muss mit einer Pädagogik der Vielfalt produktiv gemacht werden. Die Perspektive ist gemeinsames Lernen: miteinander, voneinander lernen sowie gemeinsam leben. ... bei der Frage der schulischen Integration sitzen wir alle in einem Boot. Wir dürfen diese Chance nicht verspielen. Ich denke, diesbezüglich sollten wir nicht nur produktiv miteinander ins Gespräch kommen, sondern im Gespräch bleiben.“ Die Koalition legt einen Änderungsantrag vor, der wieder einmal auf eine Berichterstattung im Ausschuss beschränkt bleibt. Der Änderungsantrag der Koalition findet erwartungsgemäß die Mehrheit, GRÜNE und LINKE lehnen ihn ab.

**TOP 15:** Der Titel des Antrages der LINKEN spricht für sich: [Kultur ins Grundgesetz \(Drs. 6/78; Drs. 6/102\)](#). Die Koalition legt einen etwas abgeschwächten Änderungsantrag vor. Der kulturpolitische Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) hebt hervor: „Aus unserer Sicht ist die Aufnahme des Staatsziels Kultur ein wichtiger Schritt, um die vielfältige Kulturlandschaft in Deutschland, die auch künftig auf öffentliche Förderung angewiesen sein wird, zu erhalten. Denn durch die Aufnahme von Kultur als Staatsziel ist der Gesetzgeber aber auch die Rechtsprechung und die Verwaltung stärker als bislang angewiesen, bei Entscheidungen dem Staatsziel, nämlich dem Erhalt und der Förderung von Kultur, auch Rechnung zu tragen. Wie bei anderen Staatszielen auch würde dann die Möglichkeit bestehen, Ermessen- und Beurteilungsspielräume bei Gerichten oder beispielsweise auch bei Finanzverwaltungen zu eröffnen.“ Der Änderungsantrag der Koalition findet bei CDU und SPD die erforderliche Mehrheit, dem so geänderten Antrag stimmen alle Fraktionen zu.

**TOP 18:** Die Koalition will [Glücksspiel beschränken, Spielsucht bekämpfen \(Drs. 6/87\)](#), es geht um die volle Einbeziehung der Spielhallen in den entsprechenden Staatsvertrag. Der Abgeordnete der LINKEN **Gerald Grünert** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) erklärt: „Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktion soll die Landesregierung auffordern, besonders im Bereich des Automatenspiels erhebliche Beschränkungen im Glücksspielstaatsvertrag zu prüfen und gegebenenfalls politisch zu fordern. Auf den ersten Blick scheint das Ansinnen logisch und nachvollziehbar. Aber nur auf den ersten Blick. Wer die Einschränkung der Spielsucht und den Schutz der Jugendlichen vor den Gefahren des Glücksspiels ernst nimmt, der muss jedoch alle Formen der Glücksspiels unter diesem Aspekt betrachten, d. h. neben dem Automatenspiel, Lotto-Toto, Sportwetten, Poker und andere Spiele, besonders auch durch Nutzung des Internets.“ Die Koalition lehnt eine Ausschussüberweisung ab, dem Antrag selbst stimmt sie zu, LINKE und GRÜNE enthalten sich der Stimme.

**TOP 19:** Die Fraktion DIE GRÜNEN will den [Atomausstieg in Sachsen-Anhalt zum Umstieg auf erneuerbare Energien nutzen \(Drs. 6/88; Drs. 6/112; Drs. 6/113\)](#), es geht u.a. um einen früheren als den jetzt geplanten Atomausstieg ohne Hintertüren – dafür soll sich die Landesregierung einsetzen. Koalition wie auch DIE LINKE setzen dem Antrag eigene Alternativanträge entgegen. Die Koalition fordert – völlig überraschend – eine Berichterstattung im Ausschuss, DIE LINKE unterbreitet einen ganzen Katalog von Maßnahmen sowie die Forderung, den Ausstieg aus der Atomenergie im Grundgesetz zu verankern. In der Debatte ergreift der [Ministerpräsident](#) das Wort, er begrüßte den Einstieg in die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und fordert zugleich, die Energieversorgung auf eine breite Basis zu stellen. Die energiepolitische Sprecherin der LINKEN Angelika Hunger ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) begründet den Alternativantrag ihrer Fraktion: „Die Stilllegung der sieben alten Meiler ist nun festgeschrieben. Das ist eindeutig ein Erfolg des gesellschaftlichen Druckes und der Protestbewegung. ... Allerdings bleibt uns jetzt noch immer ein Rest für mehr als elf Jahre erhalten. Ich glaube nicht, dass man sich an diese Daten, die jetzt festgeschrieben worden sind, wirklich halten wird und damit einen stufenweisen Ausstieg hinbekommt. Schon die übertragenen Reststrommengen und die E.on-Klage werden dafür sorgen, dass diese Daten wieder infrage gestellt werden. ... Rein technisch wäre der Ausstieg wesentlich früher machbar. Meine Fraktion hat sich im Bundestag auf Studien von Greenpeace bezogen und ist auf das Jahr 2014 gekommen. Das Umweltbundesamt, auf das sich die GRÜNEN beziehen, hat das Jahr 2017 genannt. Selbst der Bundesverband der Energiewirtschaft hat das Jahr 2020 genannt. In diesem Bundesverband sind bekanntlich auch die vier großen Energieversorger Mitglied.“ Der Antrag der GRÜNEN findet keine Mehrheiten, ebenso ergeht es dem Alternativantrag der LINKEN. Der Alternativantrag der Koalition schließlich wird gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

**TOP 21:** Der Titel auch dieses Antrages der LINKEN spricht für sich: [Aktiver Lärmschutz am Flughafen Leipzig-Halle](#) ([Drs. 6/79](#); [Drs. 6/104](#)). [Angelika Hunger](#) ([Video](#) / [Redemanuskript](#)), Sprecherin der Linken für den Verbraucherschutz, begründet den Antrag wie folgt: „Es wird daran gedacht, etwa 48 neue Stellplätze für Frachtmaschinen zu schaffen. Der Lärm wird sich weiter erhöhen. Die Dauerbelastung wird sich stärker erhöhen. Es gibt dort wirklich Leute, die regelrecht verzweifelt sind, weil sie weder ein noch aus wissen und jede Nacht die Belastung zu ertragen haben. Ich halte es daher für wirklich gerechtfertigt, ihnen zumindest diese Spitze der Belastung zu nehmen.“ In ihrem Alternativantrag fordert die Koalition eine Berichterstattung im zuständigen Ausschuss ... Der Alternativantrag von CDU und SPD wird dann schließlich auch angenommen.

**TOP 22:** DIE LINKE will [Den kommunalen Finanzausgleich zukunftsfähig gestalten](#) ([Drs. 6/82](#)). Dazu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN [Gerald Grünert](#) ([Video](#) / [Redemanuskript](#)): „Für meine Fraktion ist die zukunftsfähige Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs eine der wichtigsten Aufgaben des Landtages in der sechsten Legislaturperiode. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Kommunen in unserem Land über die Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Notwendig sind die Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit, der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie die Gewährleistung demokratischer und sozialer Teilhabe. Dazu muss die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen angemessen ausgeglichen werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen.“ Einer Ausschussüberweisung stimmen nach kontroverser Debatte alle Fraktionen zu.

Und damit ist die Sitzungsperiode beendet.

Redebeiträge der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN

### ■ Sachsen-Anhalt Konzept 2011



[Bildung und soziale Chancengleichheit](#) +++ [Wirtschaft und Arbeit](#) +++ [Eine Schule für alle Kinder](#) +++ [Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt](#) +++ [Der Öffentliche Dienst im Land braucht Zukunft](#) +++ [Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grundrechte](#) +++ [Energieplan Sachsen-Anhalt](#) +++ [Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft](#) +++ [Die demokratische Hochschule](#) +++

### ■ Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen der Fraktion sind [HIER](#) zu finden.

## Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise

- 16.06.2011, Magdeburg, Landtag: Beratung mit den WahlkreismitarbeiterInnen
- 17./18.06.2011, Leipzig: [Gewerkschaftspolitische Konferenz](#)
- 17./18.06.2011, Berlin: [Wohnungspolitische Konferenz](#)
- 18.06..2011, Magdeburg, Landtag: Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik
- 24/26.06.2011, Gardelegen: [Sachsen-Anhalt-Tag](#)
- 27.06.2011, Berlin: Energiepreiskonferenz
- 01.07.2011, Berlin: [Beratung zur Kulturarbeit der LINKEN](#)
- 02.07.2011, Magdeburg, Landtag: [Konferenz mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern](#)
- 03.07.2011: [Friedensweg Colbitz-Letzlinger Heide](#)
- 07.08.07.2011: [Landtagssitzung](#)

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- <http://www.linksfraktion.de/termine>
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps

- [CDU lässt Ökopartei abblitzen](#)
- [Grüne machen der CDU Avancen](#)
- [Peters Prinzip](#)
- [Grenzen des Wachstums](#)
- [Eindimensionales Universum](#)
- [Hermann Kant: Ein Vorkommnis](#)
- [Atompolitik, nein Danke!](#)
- [Feministische Eröffnung](#)
- ["Ich dachte, ich könnte helfen"](#)
- [Warum der Föderalismus schadet](#)

Dokumentiert: [Programmwurf der Partei DIE LINKE - Diskussionsstand](#)

Immer lesenswert!

[klartext](#) – Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Der Download dieser und früherer Ausgaben des Newsletters im PDF-Format ist [hier](#) möglich!

## Impressum

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)